

Die Klage ist sinnlos, weil das Bundesverfassungsgericht kein neues Konzept irgendjemandem von den Klägern auf den Tisch legen wird. Das Ergebnis wird allenfalls sein, dass das oder jenes kritikwürdig ist und dass es heißt: Jetzt verhandelt ihr.

Durch die Klage gibt es also eine lange Verzögerung des Ganzen. Nach der Wahl wird es hoffentlich so sein, dass sich die dann aktive Bayerische Staatsregierung zusammen mit der Baden-württembergischen Landesregierung sofort der Aufgabe stellt, ernsthaft zu verhandeln. Die Tatsache, dass Sie bisher nie ein Konzept hatten und nicht einmal ein schnell gestricktes vorlegen, zeigt, dass Sie in der Vergangenheit nie etwas hatten, über das Sie überhaupt hätten verhandeln können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klage ist auch deshalb unredlich, weil eben bei Licht betrachtet ein Konzept bis heute fehlt.

Ein bisschen Drehen an der sogenannten Einwohnerveredelung ist zwar richtig, wie auch das Herausnehmen von Berlin, aber die Strukturprobleme des Länderfinanzausgleichs, die ich eben skizziert habe, lösen sich damit nicht.

Und schließlich ist die Klage riskant, weil eine große Gefahr besteht, dass das Bundesverfassungsgericht die kommunalen Finanzen stärker als bisher in den Finanzausgleich einbeziehen lässt. Sie riskieren mit Ihrer Klage also einen großen finanziellen Schaden für Bayern. Das wissen Sie auch. Deshalb haben Sie die Klage erst jetzt eingereicht, damit sie einerseits für den Wahlkampf nutzbar ist, andererseits die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erst nach der Landtagswahl erfolgt. Denn diese Entscheidung könnte auch nachteilig ausfallen.

Aus diesem zweiten Bekenntnis folgt unmittelbar das dritte Bekenntnis, Herr Schmid. Wir GRÜNE wären bescheuert, wenn wir uns Ihrer auf durchsichtiger Wahlkampfrhetorik begründeten Klage anschließen würden, weil diese Klage materiell gegen die Interessen des bayerischen Volkes gerichtet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich ernsthaft mit der notwendigen Reform des Länderfinanzausgleichs befassen will, dem empfehle ich deshalb die Zustimmung zu den konstruktiven und differenzierten Anträgen von SPD und GRÜNEN. Wir stehen für die Wahrung materieller bayerischer Interessen in einem föderalen System. Wir stehen für einen konstruktiven Verhandlungsprozess zur Reform des Länderfinanzausgleichs.

(Alexander König (CSU): Das ist das Allerneueste! Das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie stehen für Lufthoheit über den Stammtischen. Das macht den Unterschied.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Herr Kollege Hallitzky. Nächster Redner ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kollege Rinderspacher. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim letzten Politischen Aschermittwoch hat Regierungschef Horst Seehofer gepoltert, wer eine andere Meinung beim Länderfinanzausgleich vertrete als die CSU, der handle unpatriotisch. Wer andere Positionen vertrete als die CSU, sei gegen Bayern und vertrete allenfalls die Interessen dunkler Mächte oder von Parteizentralen in Berlin oder anderswo.

Unabhängig von diesem schlechten Stil des Regierungschefs, meine Damen und Herren, Abgeordneten anderer Parteien im Bayerischen Landtag mangelnden Patriotismus zu unterstellen und sie gewissermaßen mit Vaterlandsverrätern gleichzustellen, ist das eine politische Kategorie unterster Schublade.

(Beifall bei der SPD)

Das gibt mir aber heute die Gelegenheit, den Sachverhalt korrekt darzustellen. Die SPD in Bayern kritisiert seit vielen Jahren den von der CSU zum Nachteil Bayerns ausgehandelten Länderfinanzausgleich.

(Harald Güller (SPD): So ist es!)

Der Länderfinanzausgleich ist ungerecht. Bayern zahlt zu viel in diesen Topf ein. Aus Sicht des bayerischen Steuerzahlers ist der von der CSU ausgehandelte Länderfinanzausgleich großer Mist.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Winter (CSU))

Deshalb sage ich, die CSU handelt nach dem Prinzip "Haltet den Dieb" – ein alter Gaunertrick, um das eigene Ganovenstück unbemerkt zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der CSU-Vorsitzende erinnert uns an den Feuerwehrmann, der das Haus selbst in Brand steckt, um dann zu rufen: Die anderen waren es, die anderen waren es!

Ich darf noch einmal daran erinnern: Horst Seehofer höchstpersönlich hat uns den Länderfinanzausgleich in seiner heutigen Form eingebracht.

(Beifall bei der SPD)

Er selbst hat den Schaden für Bayern angerichtet, zum Nachteil des Freistaats, zum Nachteil der bayerischen Steuerzahler, zum Nachteil der in Bayern lebenden Menschen, zum Nachteil unserer Heimat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten - Alexander König (CSU): Eine völlige Verdrehung der Tatsachen!)

Es war im Sommer 2001, als im Deutschen Bundestag der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer und seine Bundestagskollegen Gerda Hasselfeldt, Peter Ramsauer, Ilse Aigner, Hartmut Koschyk und all die anderen von der CSU-Landesgruppe diesen Länderfinanzausgleich mit ihrer Stimme in Gesetzesform gegossen haben. Der damalige CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber hat den heutigen Länderfinanzausgleich ausgehandelt und ihn in einer eigens von ihm anberaumten Regierungserklärung hier im Bayerischen Landtag als wegweisend für den Föderalismus gefeiert.

(Harald Güller (SPD): So ist es!)

Heute muss man fragen: Mangelt es Stoiber und Seehofer an einem Bayern-Gen, wenn sie solche bayernfeindlichen Gesetze beschließen?

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich es in der Sprache des CSU-Vorsitzenden vom Politischen Aschermittwoch formulieren müsste, müsste ich sagen: Die CSU hat unsere Heimat Bayern beim Länderfinanzausgleich verraten und verkauft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat die Interessen der bayerischen Steuerzahler auf dem Altar von Stoibers Kanzlerkandidatur geopfert oder sich wie bei der Landesbank, wie bei der Landesstiftung, wie beim Digitalfunk schlicht als unfähig erwiesen, solide und weitsichtig mit bayerischem Volksvermögen umzugehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß (CSU))

Das ist nicht die Politik bayerischer Patrioten. Das ist politisches Versagen auf dem Rücken der fleißigen

Menschen unserer Heimat zulasten der bayerischen Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Was noch vor wenigen Jahren von der CSU als gut für Bayern triumphierend und selbstherrlich gefeiert wurde, wird heute von der CSU als nicht verfassungskonform und bayernfeindlich beschrieben - eine Kehrtwende, mit der die CSU besonders eindrucksvoll ihr Versagen beim Aushandeln des Länderfinanzausgleichs öffentlich einräumt und dies auch heute wieder mit eindrucksvollen Zahlen untermauert.

Ich möchte, weil es so schön ist, an die Regierungserklärung von Dr. Stoiber im Jahr 2001 erinnern: Bedeutsam sei dieser Länderfinanzausgleich für den Föderalismus, ein gutes Datum für Bayern und für ganz Deutschland.

(Georg Schmid (CSU): So war es damals!)

Ich zitiere wörtlich:

Ich bin froh darüber, dass wichtige bayerische Positionen bei diesen Verhandlungen überzeugt und Eingang in die Ergebnisse gefunden haben ... Die Arbeit und die Politik der Staatsregierung der letzten Jahre haben sich als erfolgreich erwiesen ... Wir haben etwas bewegt ... Wir sind dort gelandet, wo wir hinwollten ... Kein Land erleidet finanzielle Verluste.

So Herr Stoiber im Sommer des Jahres 2001.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Und Sie wollen uns heute erzählen, dass der Länderfinanzausgleich im Jahr 2002, ein halbes Jahr nach Stoibers Regierungserklärung, in eine Schieflage geraten ist?

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Wem haben wir das zu verdanken? Sie von der CSU haben uns das eingebracht.

(Beifall bei der SPD)

Knapp zwei Monate später, am 13. September 2001, leitete der bayerische Finanzminister Professor Fallthausen den neuen Finanzausgleich an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags weiter. Ich zitiere:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bayern hat dem Finanzausgleich zugestimmt, da das Ausgleichsvolumen im Länderfinanzausgleich sinkt und Bayern als Zahler finanziell entlastet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Faltlhauser

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind diejenigen, die heute von Patriotismus sprechen, um ihre eigenen Fehler zu kaschieren.

Es war die SPD, die in den letzten Jahren auch hier im Landtag immer wieder angemahnt hat, dass der Länderfinanzausgleich dringend reformiert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an die Debatte vom 28. November.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

- Ich habe noch ein schönes Zitat. Hören Sie doch einfach zu. Es ist schön, dass Sie sich so aufregen. Die Wahrheit kann wirklich wehtun. Am 28. November 2006 hat der SPD-Haushaltsexperte Jürgen Dupper hier im Hohen Hause eine Reform des Länderfinanzausgleichs angemahnt. Ich zitiere wörtlich: "Wir wollen eine Obergrenze für bayerische Leistungen." – Die SPD: "Wir wollen eine Obergrenze für bayerische Leistungen." – Jetzt zitiere ich gerne den damaligen Finanzminister von der CSU in seiner wörtlichen Antwort, Faltlhauser, CSU, ebenfalls am 28. November 2006:

(Georg Schmid (CSU): Sieben Jahre!)

Ich bin anderer Auffassung als Sie, Herr Dupper. Ich sage im Gegensatz zu dem, was Sie sagen: Wir stehen zu diesem Finanzausgleich, so wie er ... nach schwierigen Verhandlungen gilt. ... Wir sind einverstanden damit, dass wir bis zum Jahr 2019 den neuen Bundesländern die vereinbarten Beiträge bezahlen. Ich stehe nicht an der Seite derjenigen, ... die das infrage stellen. Wir stehen dazu, obwohl wir sehr viel bezahlen.

War das mangelnder Patriotismus, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Georg Schmid (CSU): Sieben Jahre! Jetzt passt es doch nicht mehr! Sie sehen es doch! – Alexander König (CSU): Sie müssen den Halbleib einmal aufklären! Er erzählt immer etwas anderes!)

Die bayerische SPD hat in der Folge immer wieder den ungerechten Länderfinanzausgleich zum Thema gemacht.

(Georg Schmid (CSU): Dann ist ja alles toll!)

Mein Kollege Volkmar Halbleib hat am 10. Juni 2010 hier den Dringlichkeitsantrag "Reform im bundesstaatlichen Finanzausgleich" eingebracht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Finanzminister wurde aufgefordert, ein Reformmodell mit konkreten Zielen, Ausgleichsmechanismen und Modellrechnungen vorzulegen. Nichts war davon zu spüren. Sie haben unseren Antrag vom Tisch gewischt und ihm nicht zugestimmt.

Heute lässt sich festhalten: Bei dem politischen Prozess, einen fairen Lasten- und Interessenausgleich zwischen den Ländern zu organisieren, hat sich die CSU bis heute als völlig unfähig erwiesen. Die thüringische Ministerpräsidentin Frau Lieberknecht, CDU, überzieht den bayerischen Regierungschef Horst Seehofer und seine Partei sogar mit Hohn und Spott. Der jetzige Finanzausgleich sei schließlich das Ergebnis der Verhandlungen der CSU und einer Verfassungsklage der CSU. Das Urteil sei damals von der CSU sehr gelobt worden. – So gehen mittlerweile Ihre eigenen Parteifreunde in anderen Bundesländern mit Ihnen um.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort dazu, dass auch diese Klage wie bereits die von 2005 für uns in Bayern mit Risiken verbunden ist; denn das Bundesverfassungsgericht kann auch zu der Überzeugung kommen, dass die kommunalen Finanzeinnahmen stärker in den Länderfinanzausgleich inkludiert werden müssen. Das sind aktuell 64 %. Dann hätte die Klage der CSU zur Folge, dass Bayern nicht weniger, sondern mehr in den Finanztopf einbezahlt. Das ist das Risiko Ihres Wahlkampfmanövers, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Horst Seehofer will sich mit diesen Manövern offensichtlich das Image des soliden Treuhänders bayerischer Steuergelder verpassen, obwohl er diesen Länderfinanzausgleich verbockt hat. Heute scheint es ihm wichtig zu sein, sein Image zu polieren; denn sein Finanzminister ist nach seinen Angaben charakter schwach und neigt immer wieder zu "Schmutzeleien". Es liegt doch erst wenige Wochen zurück, da hat der Bayerische Ministerpräsident die Öffentlichkeit informiert: Mein Finanzminister ist eine nicht vertrauenswürdige Person, mein Finanzminister ist ein characterschwacher Mann, auf den kein Verlass ist, der Hüter über die Steuergelder ist gewissermaßen unzuverlässig, nachlässig, pflichtvergessen, nicht gewissenhaft, nicht gründlich. – Wenn die CSU über Patriotismus spricht, aber personell so ausgedünnt ist, dass sie solches Personal ins Kabinett schicken muss,

dann sollte sie nicht über Patriotismus fabulieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal darf heute auch daran erinnert werden, dass keine andere Staatsregierung in der Geschichte des Freistaats Bayern seit 1946 in so kurzer Zeit so hohe Schulden aufgetürmt hat wie die Regierung Horst Seehofer,

(Beifall bei der SPD)

10 Milliarden Euro allein mit der Bayerischen Landesbank.

(Alexander König (CSU): Das ist ein Schmarren! Das können wir nicht mehr hören! Das ist Blödsinn! Will denn die SPD die Sparkassen schließen und die Gemeinden auflösen?)

Den größten Länderfinanzausgleich haben Sie organisiert, nicht nach Berlin, nicht nach Niedersachsen, sondern nach Kärnten. Dort wurden mit bayerischen Steuergeldern neue Staatsstraßen und ein neuer Flughafen gebaut. Das haben Sie verbockt, meine Damen und Herren. Das war der zweite Länderfinanzausgleich zum Nachteil von bayerischen Steuerzahlern.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Das glauben Sie doch selber nicht! Das glaubt doch keiner mehr! - Weitere Zurufe von der CSU - Glocke des Präsidenten)

Deshalb lässt sich zusammenfassend festhalten: Der Länderfinanzausgleich ist kein politisches Thema, das zum Applaus für die kraftmeiernde CSU anregt. Der Länderfinanzausgleich ist ein Grund, diese CSU, die auf breiter Front zum Nachteil Bayerns bitter versagt hat, endlich in die Opposition zu schicken.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das war eine Bewerbungsrede für Vilshofen nächstes Jahr, oder? Vergiss es!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. Nächster Redner ist Herr Pointner. Bitte schenken Sie auch ihm Ihre Aufmerksamkeit. - Bitte sehr, Herr Kollege Pointner.

(Alexander König (CSU): Jetzt geht es wohl wieder zur Sachlichkeit zurück! Schauen wir mal!)

**Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Ich versuche jetzt, die Fakten klarzustellen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das, was ich dargestellt habe, waren alles Fakten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst zur bisherigen Diskussion über Patriotismus und Ähnliches. Ich gehe davon aus, dass alle hier im Haus, dass alle, die gewählt sind, das Beste für Bayern wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das dürfen Sie glauben. Wenn wir das nicht wollten, wären wir nicht hier.

(Georg Schmid (CSU): Da bin ich mir nicht so sicher!)

Über den Weg kann man verschiedener Meinung sein. Man sollte niemandem unterstellen, er würde für Bayern nicht das Beste wollen. Derjenige wäre ja blöd.

(Georg Schmid (CSU): Aber so benimmt er sich!)

Nun zum Länderfinanzausgleich. Über ihn haben wir heute Morgen schon ausführlich diskutiert. Nun könnte ich auf die Ausführung von heute Vormittag verweisen. Aber nachdem das Haus jetzt voller ist, muss man noch einmal darauf eingehen.

Wir haben vor gut zweieinhalb Jahren, als die FDP ihr Gutachten vorgestellt hat, also von Anfang an gesagt: Wenn dieser Finanzausgleich, so wie er im Jahr 2001 ausgehandelt worden und im Jahr 2005 in Kraft getreten ist, verfassungswidrig ist, sollte man klagen, aber selbstverständlich müssen Verhandlungen vorausgehen. Dass Verhandlungen nicht einfach sind, wenn man anderen etwas wegnehmen und selber mehr behalten will, ist klar. Dass diese Verhandlungen scheitern werden, ist auch klar. Deswegen haben wir uns auch für die Klage ausgesprochen. Das muss man hier feststellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum waren wir für die Klage? Weil wir den Länderfinanzausgleich für reformbedürftig halten, weil wir ihn, wie es Kollege von Lerchenfeld einmal genannt hat, für bescheuert halten, weil er die Geberländer zu sehr benachteiligt. Aber wenn dieser Finanzausgleich verfassungswidrig ist, dann war er von vornherein verfassungswidrig.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Es wurde immer gesagt, wir hätten einiges gespart. Heute sind wieder einmal Milliardensummen genannt worden. Sie brauchen sich aber bloß die Statistik anzuschauen, um zu erkennen, wie sich das Ganze ent-